express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Durch »Wettbewerbsüberlegenheit« den Sozialstaat und die Lohnarbeitsplätze sichern

Robert Schlosser* zu den Aktionstagen von IG Metall und DGB

In: ***express*** *10/2026*

Durch Wettbewerb den Sozialstaat und Lohnarbeitsplätze sichern – das ist die Perspektive, die IG Metall und DGB momentan zu bieten haben. Schließlich hat man sich schon lange die Erkenntnis von Ludwig Erhard zu eigen gemacht, wonach »sich mangelndes Wachstum als größte Quelle sozialer Ungerechtigkeit erwiesen« habe. Im Folgenden ein Kommentar von Robert Schlosser zu den Orientierungen, die in den aktuellen Veröffentlichungen gesetzt werden.

I.

An beiden Aktionstagen wurden jeweils ca. 175.000 Menschen mobilisiert. Wenn man bedenkt, dass die Gewerkschaften des DGB 5,4 Millionen Mitglieder haben, dann war die Zahl der Demonstrant:innen sehr bescheiden. Beim Protest der IG Metall, der sich gegen Stellenabbau und drohende Werkschließungen in der Autoindustrie richtete, wurde wenigstens die Profitproduktion teilweise unterbrochen. Mit welchen Vorstellungen jedoch speziell die »Arbeitnehmervertreter« des VW-Konzerns den Widerstand vorbereiteten, das ist schon bemerkenswert. In einem Brief von Konzernbetriebsausschuss (KBA) und Volkswagen Management Association (VMA)[1] an die Belegschaften des VW-Konzerns Ende Juli heißt es:

»Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir würden Euch gerne viel Mut zusprechen und mehr Zuversicht in Aussicht stellen wollen. Aber wir wissen, dass dieser Brief Euer mulmiges Gefühl nicht schlagartig abstellen kann. Ihr sollt jedoch wissen, dass die Vertreterinnen und Vertreter Eurer Interessen vom Tarif- bis in den Führungskräftebereich quer durch alle Marken und Gesellschaften das auszeichnet, was dem Konzern-Vorstand schon längst verlorengegangen ist: nämlich als Team zu agieren und trotz aller Unterschiede das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. […] Wir sind immer noch der zweitgrößte Automobilhersteller der Welt aus dem Mutterland der Mobilität. Und die wollen wir auch noch für die nächsten Generationen wettbewerbsüberlegen prägen.«[2]

Genau so stellen sich die führenden Funktionär:innen in IG Metall und DGB die Sicherung von Lohnarbeitsplätzen in allgemeiner Konkurrenz vor: Geschäftsführungen, Konzernvorstände und »Beschäftigte« haben ein gemeinsames Ziel, das sie nicht aus den Augen verlieren dürfen: die Wettbewerbsüberlegenheit! Da interessiert es wenig, was mit den Lohnarbeitsplätzen bei den wettbewerbsunterlegenen Unternehmen passiert, ob die Stellen abbauen oder gar Werke stilllegen müssen. Für diese »natürliche Auslese« mittels Konkurrenz in allgemeiner Warenproduktion ist es auch völlig gleichgültig, ob der »Wettbewerb« fair oder unfair von-

[1] Der KBA vereint die Betriebsratsspitzen aller deutschen Marken und Gesellschaften, die VMA ist die Interessenvertretung der Führungskräfte.

[2] »Arbeitnehmervertretungen schreiben Brief an die Belegschaften«, *igm-bei-vw.de*, 10. Juli 2026 (Hervorhebung R.S.)

statten geht. In diesem Spiel ist kein Platz für die grenzüberschreitende Solidarität von Lohnarbeiter:innen.

Das Resultat ist immer das gleiche und scheidet die Gewinner von den Verlierern. In der Regel beschweren sich die Verlierer in der Konkurrenz immer über unfaire Wettbewerbsbedingungen und die Gewinner stellen sich taub oder spielen die Unschuld vom Lande, die sich stets an die Regeln einer fairen Konkurrenz gehalten habe. Dieses Verfahren gilt für Einzelkapitale, wie für ganze Nationalökonomien. Neu ist, dass jetzt die alten »Platzhirsche« der entwickelten Industrieländer auf die Verliererstraße im weltweiten »Wettbewerb« geraten und sich über unfaire Wettbewerber aus fremden Ländern beschweren, die doch eigentlich immer »wettbewerbsunterlegen« waren. Wenn sie jetzt offensichtlich »wettbewerbsüberlegen« agieren, kann das nur auf unfairen Wettbewerbspraktiken basieren.

In dieses Horn bläst Christiane Benner, die Vorsitzende der IG Metall, angesichts der Situation in der Autoindustrie immer wieder und verlangt nach »beherzter« Staatsintervention in die segensreiche freie Marktwirtschaft. In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 21. September 2026 sagt sie:

»Wir kommen ohne politische Unterstützung nicht aus der Krise. Europa sieht sich zum Beispiel einer brachialen Dumpingkonkurrenz aus China gegenüber. Wir brauchen deshalb eine andere Handelspolitik. Die Einfuhrzölle auf E-Autos aus China waren ein erster Schritt, aber sie müssen dringend auf Plug-in-Hybride ausgeweitet werden. Und Lokalisierungsregeln sind überfällig: Kaufprämien sollte es nur für E-Autos aus europäischer Produktion geben, deutsche und europäische Wertschöpfung muss verpflichtend sein. Wer hier verkaufen will, muss auch hier produzieren. Seit Jahren sagen wir auch, was es braucht – von niedrigeren Energiekosten bis Bürokratieabbau. Aber es dauert alles zu lange.«

Als hätte ihr Donald Trump sein Programm »Make America great again« in die Ohren geflüstert. Auf die Frage, ob Zölle jemals ein Problem gelöst haben, antwortet sie: »Zölle sind ein Hilfsmittel gegen unfaire Wettbewerbsbedingungen. In China herrschen nicht nur völlig andere Arbeitsbedingungen, die Hersteller werden auch massiv vom Staat unterstützt, die Währung wird künstlich abgewertet, und damit werden die Produkte billiger gemacht. Dagegen können die Beschäftigten hier gar nicht anverzichten. Deshalb brauchen wir eine beherztere Handels- und Industriepolitik.«

Von der massiven staatlichen Unterstützung speziell für deutsche Autoproduzenten hat die Vorsitzende der IG Metall offenbar noch nichts gehört.[3] Während die Eingriffe der chinesischen Notenbank in den freien Markt der Währungen als »künstlich« bezeichnet werden, erscheinen ihr die Eingriffe von FED oder EZB zur Geldwertstabilität gegen Inflation und zur Belebung der Konjunktur offenbar ganz »natürlich«. Bewertungsmaßstab ist immer, was »unserer Wirtschaft« nutzt und was nicht. Es ist der gleiche Maßstab, der in China gilt, ob die jeweilige Notenbank nun »unabhängig« ist oder nicht. Und »künstlich« ist eben alles, was »unserer Wirtschaft« in der Weltmarktkonkurrenz schadet.

Wie nicht anders zu erwarten, teilt man beim DGB diese Einsichten des IG Metall-Vorstandes. Im Aufruf zur Teilnahme am Aktionstag am 26. September hieß es: »Wir brauchen eine Wachstumsagenda für Deutschland und Europa, die Innovationen und weniger Abhängigkeiten schafft. […] Unternehmen und Beschäftigte brauchen Stromleitungen, Kraftwerke und Pipelines, eine wirksame Innovationsstrategie und Schutz vor subventionierter Konkurrenz aus China und den USA. So sichern wir Arbeitsplätze und gestalten den Wandel gemeinsam und sozial gerecht.«[4]

Der von Trump eingeschlagene Weg des hemmungslosen Protektionismus wird der deutschen Gewerkschaftspolitik zum Leitfaden für die angebliche Sicherung des Sozialstaates. Unternehmen und Beschäftigte Seite an Seite. Was »Unbeschäftigte«, also Lohnarbeitslose, brauchen, findet dabei keine Berücksichtigung – bzw. sie werden auf das versprochene Wachstum vertröstet, das durch den Protektionismus bewerkstelligt werden soll. Aus der Geschichte kann man lernen – und selbst die bürgerliche Ökonomie hat das gelernt –, dass Pro-

[3] Dax-Konzerne bekommen immer mehr Milliarden vom Staat, manager-magazin.de, 29. Juli 2024

[4] *https://www.dgb.de/mitmachen/kampagnen/aktionstag-sozialstaat/*

tektionismus kein Ausweg aus allgemeiner Krise oder Wachstumsschwäche der kapitalistischen Produktionsweise sind. Der Protektionismus verfestigte die Weltwirtschaftskrise nach 1929 zu einer anhaltenden und tiefen Depression mit hoher Arbeitslosigkeit. Erst der Aufstieg der USA zur dominierenden kapitalistischen Macht führte zur erfolgreichen Reorganisation des Weltmarktes und zum Bruch mit dem vorherrschenden Protektionismus. Die Prognose fällt eigentlich nicht schwer: Halten die USA am eingeschlagenen Weg der Zollerhöhungen und des Protektionismus insgesamt fest und folgen andere Industrieländer, dann wird die verlangte »Wachstumsagenda« ein Flop und vom Sozialstaat kaum etwas bleiben.

II.

In seinem Aufruf zum bundesweiten Aktionstag gegen Sozialabbau begründet der DGB sein Engagement für die Sozialstaat wie folgt: »Ein starker Sozialstaat schafft Sicherheit im Wandel.«

Echt jetzt? Die kapitalistische Produktionsweise produziert für Lohnabhängige vor allem Unsicherheit durch Wandel: durch technologischen Wandel, der die Arbeitsproduktivität erhöht und die durch ein Kapital gegebener Größe nachgefragte Arbeitskraft verringert; durch Pleiten einzelner Unternehmen in der Konkurrenz; durch sogenannte Strukturkrisen in bestimmten Branchen; durch allgemeine Wirtschaftskrisen. Würde ein starker Sozialstaat »Sicherheit im Wandel« bringen, dann gäbe es die durch kapitalistischen Wandel produzierte Lohnarbeitslosigkeit nicht. Dass es überhaupt eine Arbeitslosenversicherung als eine der Säulen des Sozialstaates gibt, beweist die unsichere Existenz von Lohnarbeiter:innen in der kapitalistischen Produktionsweise. Die Existenz eines Sozialstaates, der Notlagen lindert, aber nicht beseitigt, beweist gerade die Unsicherheit der Existenz von Lohnarbeiter:innen. Die Höhe des Arbeitslosengeldes wie die Dauer, für die es gezahlt wird, bieten keine soziale Sicherheit. Sie bieten diese umso weniger, je mehr der ökonomische Wandel im Kapitalismus Regierungen veranlasst, wirtschaftsliberalen Forderungen der »Arbeitgeber«-Lobby gerecht zu werden und beispielsweise das Arbeitslosengeld und die Bezugsdauer zu kürzen. Der Sozialstaat ist kein Bollwerk gegen existenzielle Unsicherheit und finanzielle Notlagen, sondern unterliegt selbst ständig einem asozialen Wandel, dem der DGB bis jetzt kaum ernsthaften Widerstand entgegengesetzt hat. Die Regierungen von Kohl, Schröder, Merkel und Scholz haben alle durch ihre Reformpolitik den Sozialstaat verändert. In aller Regel bedeuteten diese Reformen Kürzungen von sozialen Leistungen für die Lohnabhängigen, die darauf angewiesen waren und sind.

Ich bin so alt wie die Bundesrepublik Deutschland, Baujahr 1949. Als Lohnarbeiter habe ich drei Pleiten erlebt und einmal hat »der Wandel« durch Produktionsverlagerung »meinen Arbeitsplatz« – ohne mich zu fragen – woanders hin verlegt. In der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1980er Jahre wurde ich arbeitslos und blieb es trotz aller Bewerbungen als Maschinenschlosser zwei Jahre lang; ein Jahr lang bezog ich die damalige Arbeitslosenhilfe.[5] Ich konnte allerhand »nicht sittenwidrige« Lohnarbeit ablehnen. Es handelte sich um unsichere Lohnarbeit in fragwürdigen Klitschen mit sehr niedrigem Lohn, die zumindest mir »sittenwidrig« erschien. Dank rot-grüner Schröder-Regierung ist dieser »Missstand« des Sozialstaates beseitigt. Während meines Bezugs von Arbeitslosenhilfe schlug der Sozialstaat aber auch damals schon zu. Reichte zunächst eine »Erklärung auf Treu und Glauben«, dass meine Eltern ihr Geldeinkommen aus Lohn bzw. Rente komplett selbst benötigten, so musste plötzlich durch konkrete Belege der eigene Bedarf nachgewiesen werden. Andernfalls würde ein Betrag festgesetzt, mit dem sie mich unterstützen müssten, und meine Arbeitslosenhilfe würde um diesen Betrag gekürzt. »Private Vorsorge«, die heute mehr und mehr zum Leitfaden für soziale Vorsorge wird, bedeutete in diesem Fall, dass meine Eltern wieder für ihren inzwischen 35-jährigen Sohn sorgen sollten. Merke: Unsicherheit durch Wandel entsteht auch durch Wandel des Sozialstaates.

[5] In der allgemeinen Krise Anfang der 1980er Jahre verdoppelte sich trotz Sozialstaat die Zahl der Erwerbslosen von ca. einer Million, die die Krise von 1974/75 hinterlassen hatte, auf über zwei Millionen.

»Unser Sozialstaat« trägt mehr und mehr die Züge seiner Demontage. Wollten sozialdemokratische Reformer:innen ihn so weit ausbauen, dass er alle asozialen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise abfängt und verhindert, so erzwingen die unangetasteten kapitalistischen Produktionsverhältnisse seit Jahrzehnten, dass der Sozialstaat immer weiter zurecht gestutzt wird auf ein für die besitzende Klasse jeweils noch akzeptables Niveau. Der Rollback läuft auf breiter Front. Dabei bleibt das auf der Strecke, was mindestens einige der Sozialreformen beeinflusst hatte: die Forderung nach »Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht«, die Marx in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation 1864 aufstellte. Dass ein Sozialstaat dieses Ziel ökonomischer Befreiung und sozialer Emanzipation in einer kapitalistischen Gesellschaft allenfalls ansatzweise realisieren könnte, versteht sich von selbst. Umfassend möglich wäre es allein auf der Basis von Gemeineigentum in Selbstverwaltung. Überall ist seit Längerem der Markt, die Freiheit des kapitalistischen Privateigentums auf dem Vormarsch gegenüber den Rudimenten von »Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht«.

Zu diesen Freiheiten des Privateigentums gehört auch die staatlich garantierte Investitionsfreiheit der Unternehmen. Es sind gerade diese Investitionen, die der DGB verstärkt verlangt – der Fluss des Kapitals von einer Anlagesphäre in die andere, von einem Land in ein anderes – die stets aufs Neue für soziale Unsicherheit sorgen – in einzelnen Betrieben, Branchen, Ländern oder weltweit.

Mit seinem Bekenntnis zum deutschen und europäischen Protektionismus macht der DGB den Kampf zur Verteidigung bestimmter sozialer Reformen zu einer Randnotiz in seinem Bemühen um Wahrung der Sozialpartnerschaft mit dem Kapital.

** Robert Schlosser ist Rentner und lebt in Bochum. Er arbeitete – immer wieder unterbrochen durch Pleiten und Arbeitslosigkeit – als Angelernter, Maschinenschlosser und Technischer Redakteur in verschiedenen Industriebetrieben (Stahlwerk, Autofabrik, Flanschenfabrik, Maschinenbaubetrieb, Anlagenbau). Für ›commonaut‹ hat er sich vor kurzem ausführlicher mit dem Sozialstaat, dessen durchaus auch positiven Seiten für die Lohnabhängigen und gewerkschaftlichen »Sozialstaatsillusionen« beschäftigt. Der Beitrag steht online auf https://communaut.org/, weitere politische Stellungnahmen und theoretische Artikel finden sich in »Robert Schlossers Werkstatt«:*
http://www.robert-schlosser.de/Soziale_Emanzipation/Startseite

express im *Netz und Bezug* unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraβe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12